

## Handlungsstrategie gegenüber Demokratiefeinden, insbesondere der extremen Rechten und Reichsbürgern im Landkreis Göttingen

Die Situation im Landkreis Göttingen hat sich in Bezug auf die extreme Rechte und die Szene der Reichsbürger in den vergangenen Monaten verschärft. Unter anderem im Südharz (bspw. in den Gemeinden Bad Lauterberg, Bad Sachsa und Walkenried) sind neben dem Kauf und der Anmietung von Immobilien weitere Aktivitäten (u.a. Organisation von Freizeitangeboten, Einbringen in Elterninitiativen, Aufbau wirtschaftlicher Unternehmen und die Übernahme von Vorstandspositionen in Vereinen) feststellbar. Diese zielen auf eine Normalisierung extrem rechter Positionen und Einstellungen in der Gesellschaft ab, äußern sich in der Ablehnung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung sowie durch Infragestellen der Gleichwertigkeit aller Menschen und führen zu einer Aushöhlung demokratischer Grundwerte.

In Reaktion auf diese Entwicklung bedarf es einer Handlungsstrategie, die folgende **Ziele** verfolgen soll:

- In informellen, halböffentlichen und öffentlichen Räumen wird für die Situation sensibilisiert und die aktuellen Entwicklungen werden problematisiert, um ein gemeinsames Bewusstsein für die Lage zu entwickeln, der Unterwanderung demokratischer Strukturen entgegenzutreten und einen Imageschaden für die Region zu vermeiden.
- Demokratiefeindlichen Einstellungen und Handlungen wird sowohl auf präventiver Ebene, als auch im Rahmen von Intervention begegnet.
- Ein aktives Eintreten für demokratische Werte und eine klare Positionierung gegen Demokratiefeinde findet sowohl auf Kreis- als auch auf Gemeindeebene statt.
- Die Zivilgesellschaft, die ansässige Wirtschaft und die demokratischen Kräfte in der Politik vor Ort werden gestärkt, um sich gegen die Entwicklung zu positionieren und aktiv zu werden.
- Vor Ort ist bekannt, wo ehrenamtliche und hauptberufliche Akteur\*innen, als auch alle Bürger\*innen Unterstützungsangebote anfordern können.
- Menschen, die sich von demokratiefeindlichen Einstellungen und der extremen Rechten distanzieren wollen, wird Hilfe und Ausstiegsberatung vermittelt.
- Vereine, Verbände, Initiativen und weitere im Landkreis aktive Organisationen werden für das Thema sensibilisiert und dabei unterstützt ihre jeweiligen Satzungen und Richtlinien zu überprüfen bzw. zu erweitern, um sie gegen demokratiefeindliche Tendenzen zu immunisieren.
- Bei der Vergabe und Weiterleitung finanzieller Förderungen im Bereich der freiwilligen Leistungen des Landkreises wird, soweit zulässig, im Rahmen einer Nebenbestimmung ein eindeutiges Bekenntnis der Zuwendungsempfänger\*innen zur freiheitlich demokratischen Grundordnung eingefordert.

Um diese Ziele zu erreichen, werden folgende **Handlungsschritte** festgelegt:

- Die Verwaltungsspitze positioniert sich öffentlichkeitswirksam für die demokratischen Werte unserer Gesellschaft und bietet auf diese Weise einen Rückhalt für jene Personen und Initiativen, die vor Ort für eine demokratische Gesellschaft eintreten.
- Der Kreistag verabschiedet eine Handlungsstrategie, welche darauf abzielt, den Normalisierungstendenzen extrem rechter und sonstiger demokratiefeindlicher Einstellungen und Raumnahmen entgegenzuwirken. Gleichzeitig werden die Gemeinderäte der Kommunen aufgefordert ebenso zu verfahren.

- Der Landkreis unterstützt durch Angebote die Vernetzung der Personen und Initiativen, die sich regional gegen die rechte Raumnahme und für ein demokratisches Miteinander engagieren. Dazu baut er seine bereits bestehenden Angebote und Strukturen aus. Gleichzeitig wirkt er mit Aufklärungsarbeit und dem Bereitstellen von Informationen darauf hin, dass vor Ort ein stärkeres Problembewusstsein für die Lage entsteht.  
Dies umfasst insbesondere:
  - Die Durchführung von Workshops und Schulungsangeboten
  - Informelle Gespräche mit Vereinen, Initiativen und engagierten Einzelpersonen
  - Die Organisation von Fachkonferenzen/Ausstellungen zum Themenfeld
  - Das Bereitstellen von Handreichungen und Textvorlagen (bspw. für Satzungen)
- Der Landkreis achtet darauf, dass alle seine Mitarbeitenden sich zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung bekennen und in deren Sinne handeln. Gegenüber Verbänden und Initiativen, die durch den Landkreis unterstützt werden oder mit denen eine Zusammenarbeit besteht, nutzt die Kreisverwaltung ihren Einfluss, um darauf hinzuwirken, dass ein solches Vorgehen auch dort etabliert wird.
- Die Kreisverwaltung nutzt alle ihr zur Verfügung stehenden Mittel (u.a. im Bau- und Ordnungsrecht oder im Gesundheits- und Jugendschutz) um einer Normalisierung demokratiefeindlicher, der Gleichwertigkeit aller Menschen entgegenstehender Entwicklungen und Einstellungen aktiv entgegenzutreten und demokratisches Engagement vor Ort zu aktivieren sowie den Strukturaufbau durch die extreme Rechte bzw. die Reichsbürgerszene zu unterbinden und das Etablieren einer Infrastruktur dieser Gruppierungen zu verhindern.
- Der Landkreis unterstützt die Gemeinden im Kreisgebiet, damit diese im Bereich ihrer eigenen Handlungskompetenzen adäquat auf die beschriebenen Entwicklungen reagieren können (bspw. durch den Ausbau/der Etablierung einer Sicherheitspartnerschaft).
- Die Mitarbeitenden der jeweiligen Bereiche innerhalb der Kreisverwaltung werden mit Blick auf die beschriebene Handlungsstrategie sensibilisiert und ggf. geschult. Soweit zulässig, werden Mitarbeitende über im Landkreisgebiet bekannte Personen des rechtsextremen Milieus sowie solche aus der Szene der sog. Reichsbürger informiert.
- Der Landkreis fordert den Bund und das Land Niedersachsen auf, ein stärkeres Problembewusstsein für die Agitation extremer Rechter, Reichsbürger und anderer demokratiefeindlicher Bewegungen zu entwickeln, diesen konsequenter entgegenzutreten und den Landkreis bei der Umsetzung seiner Strategie zu unterstützen.
- Zur Unterstützung seiner Strategie strebt der Landkreis eine Medienpartnerschaft mit örtlichen Vertretungen verschiedener Publikationsorgane an.

**Diese Handlungsstrategie wurde am 06.12.2023 im Kreistag Göttingen beschlossen.**